

Abs.:
Christian Dötsch
Bahnhofstrasse 20
95111 Rehau
Tel. 0171-8585144
christian.doetsch@gmx.net

AN: Ministerstvo Životního Prostředí
100 10 Praha 10 - Vršovice
Vršovická 65
Tschechische Republik
E-mail: temelin@mzp.cz

cc:
Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit
Rosenkavalierplatz 2
81925 München
089 9214-00
Email: gke@stmug.bayern.de

cc:
Aarhus Convention Secretariat
Environment Division
United Nations Economic Commission for Europe
Palais des Nations, Av. de la Paix 10
1211 Geneva 10
Switzerland
aphrodite.smagadi@unece.org
ella.behlyarova@unece.org

Stellungnahme zur UVP „Neue Kernkraftanlage am Standort Temelin einschließlich Ableitung der Generatorleistung in das Umspannwerk mit Schaltanlage Kocin“/ Frist 07.05.-05.06.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte um Übermittlung meiner Stellungnahme zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) über den geplanten Bau der Reaktoren 3 und 4 des Kernkraftwerkes Temelin - Verfahrensteil UVP-Gutachten - über das bayerische Umweltministerium an das tschechische Umweltministerium Ministerstvo Životního Prostředí (MZP), 100 00 Praha 10 – Vršovice, Vršovická 65, Tschechische Republik und damit um die Geltendmachung meiner Rechte im Rahmen einer grenzüberschreitenden UVP. Darüber hinaus bitte ich um Information über die weiteren Verhandlungsergebnisse, insbesondere auch über Ort und Zeit der Öffentlichen Anhörung in Deutschland oder in Budweis. Ich möchte grundsätzlich betonen, dass ich das Verfahren in der durchgeführten Form ablehne, da eine Öffentliche Anhörung in Deutschland nicht vorgesehen ist und damit der, in der UN Aarhus-Konvention 3(9), ESPOO-Konvention 2(6) und in der Europäischen UVP-Richtlinie 85/337/EC, art. 7(5) vorgesehene „diskriminierungsfreien Zugang“ zu den Verfahren nicht gegeben ist. Die entsprechenden Gesetzestexte liegen dem MZP vor.

Darüber hinaus nehme ich zur Umweltverträglichkeitserklärung für den Ausbau des AKW Temelin, wie folgt Stellung: Nur die grenznahen Landratsämter (Cham, Freyung-Grafenau, Hof, Neustadt a. d. Waldnaab, Passau, Regen, Schwandorf, Tirschenreuth, Wunsiedel) und kreisfreien Städte (Hof, Passau und Weiden i. d. Oberpfalz) wurden von der Bayerischen Regierung beteiligt und über den Amtsweg informiert, ähnlich ist die Situation in Sachsen. Es fehlt die Beteiligung der Bevölkerung über den Amtsweg, es fehlt der

verbindliche Anhörungstermin in der gesamten BRD. Wenn tschechische BürgerInnen einen Anhörungstermin in tschechischer Sprache und gut erreichbar bekommen, dann steht auch deutschen BürgerInnen – auch mir - ein verbindlicher Anhörungs-termin in der Muttersprache zentral und gut erreichbar in Deutschland zu. Auch behinderte BürgerInnen müssen entsprechend der UN Bürgerrechtskonvention integriert werden.

Die Konformität der Rechtslage in Tschechien und in Deutschland wurde im Vorfeld nicht mit den EU-Richtlinien bzw. der UN Aarhus Konvention und der Espoo Konvention überprüft. Dies muss zu einer Überprüfung und zu einem Vertragsverletzungsverfahren bei der EU-Kommission und vor Aarhus (ACCC) in Genf führen. Die UVP muss in Abstimmung mit geltendem internationalem Recht durchgeführt werden. Sie muss wiederholt werden. Menschen- und Bürgerrechte werden nicht gewährt. Ich konnte und kann mich nicht umfassend informieren.

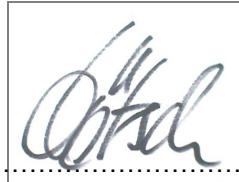
Bereits die Reaktoren Temelin 1+2 gefährden das Leben in Mitteleuropa und das meiner Familie. Die Konstruktionsgeschichte der Reaktoren belegt dies eindrücklich. Die Auswirkungen des 1400km entfernten Tschernobyl haben uns seinerzeit spürbar gestreift und auch die High Tech Nation Japan hat in Fukushima erfahren müssen, daß Atomkraft nicht zu 100% beherrschbar ist. Bereits Temelin 1+2 wären in Deutschland wegen der nach NICHT getrennten Hochdruckdampfleitungen nicht genehmigungsfähig gewesen. Temelin 1 hat ein besonderes Sicherheitsrisiko direkt am Reaktor, er muss sofort abgeschaltet werden. Seit Jahren liegt SUJB, CEZ und der Tschechischen Republik die Greenpeace Dokumentation *The Risks of Skoda* von Jiri Tutter und Jan Haverkamp vor. Akte 15/2001/SUJB muss sofort veröffentlicht werden! Tschechiens Gutachter hat die deutschen Einwendungen aus dem Jahre 2010 konterkariert. Die Stellungnahme von Greenpeace international, Verfasser Jan Haverkamp, ist vollinhaltlich in diese Stellungnahme zu integrieren. Sie liegt dem MZP vor.

Ich bin nicht bereit mit meinem Leben und meinem Besitz für den Energieversorger CEZ zu haften. CEZ verdient mit Temelin Gewinne, die hierfür heranzuziehen sind. Tschechien verfügt nur über eine geringe Deckung in Bezug auf die Nuklear-Haftpflicht in Höhe von 300 Millionen Euro, was weitaus zu wenig ist und den Verlust von Heimat und Gesundheit in keiner Höhe ersetzen kann. Fukushima hat nach inoffiziellen Schätzungen über 500 Milliarden Euro Schaden verursacht. Japan ist dabei immerhin noch umgeben von Wasser und hat keine angrenzenden Nachbarn. Der Schaden wäre bei Temelin mitten in Europa sehr viel größer. Denn obwohl der große Teil der freigesetzten Radioaktivität Tokio nicht traf, waren 5 willkürlich gezogene Bodenproben in der 24 Millionen Stadt Tokio radioaktiver Sondermüll. Schäden an meinem Eigentum im Schadensfall müssten im Rahmen einer atomaren Haftpflicht von CEZ zu 100% abgedeckt werden. Das MZP müsste das sicherstellen können, was aber nicht realistisch erscheint und daher das Projekt juristisch nicht durchführbar macht. Nach EU-Recht muß jeder Betreiber einer energietechnischen Anlage eine Betreiberhaftpflicht mit ausreichender Deckung vorlegen können, Kernenergie ist u.a. hiervon ausgenommen, was dieses Recht aber wiederum angesichts der neueren Sachlage nach dem 11.03.2011 als anfechtbar erscheinen läßt.

Tschechien kann die geplanten Reaktoren 3+4 nicht selbst finanzieren und verlangt von der EU Subventionen. Folgekosten für Endlagerung sind noch nicht eingerechnet. Regenerative Energie wird in Tschechien wieder abgeschafft und z.T. aggressiv behindert, bis hin zu kriminellm Verhalten von Weisungsbeauftragten des Energieversorgers. Wenn CEZ ein AKW bauen will, so muss es wirtschaftlich selbstständig den Bau und das Restrisiko, d.h. zumindest Versicherungskosten in Milliardenhöhe finanzieren können. Tepco in Japan ist dazu nicht in der Lage und quasi ruiniert und hat bis heute auch keinen neuen Vorstandsvorsitzenden finden können, der sich dieser Verantwortung stellen will. Kein Mensch will und könnte eine solche Verantwortung tragen, was somit auch aus Sicht seiner Bürger der Verfassung des Tschechischen Staates nach Art.1, 6 + Art. 7 widerspricht. (**Artikel 1:** Die Tschechische Republik ist ein

auf der Achtung der Menschen- und Bürgerrechte und Freiheiten beruhender souveräner, einheitlicher und demokratischer Rechtsstaat. Die Tschechische Republik beachtet ihre Verpflichtungen, die sich aus dem Völkerrecht ergeben. **Artikel 6:** Die politischen Beschlüsse gehen vom Willen der Mehrheit aus, die durch die freie Abstimmung zum Ausdruck kommt. Die Entscheidung der Mehrheit ist auf den Schutz der Minderheiten bedacht. **Artikel 7:** Der Staat achtet auf die rücksichtsvolle Nutzung der natürlichen Ressourcen und auf den Schutz der Naturschätze.)

Mit freundlichen Grüßen,

A square box containing a handwritten signature in dark ink. The signature is stylized and appears to be 'O. Tschad'.

Rehau, den 04. Juni 2012.....

Ort, Datum

Unterschrift